

Nr. 6531/J

II-13406 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1994-04-25

ANFRAGE

des Abgeordneten Voggenhuber, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend industriepolitische Kompetenzen der EU

Der Verankerung von Industriepolitik als Kompetenz der EU im Maastricht Vertrag ging eine heftige EU-interne Diskussion voraus. Zwei Grundpositionen waren dominierend: Deutschland, Großbritannien und die Niederlande sehen die Aufgabe von Industriepolitik in erster Linie darin, das wirtschaftspolitische Umfeld für die Industrie zu verbessern. Frankreich und Italien, unterstützt von den Kohäsionsländern sind hingegen Befürworter einer interventionistischen und sektoralen Industriepolitik und wollen exponierte EG-Sektoren besonders gefördert wissen. Im EU-Vertrag sind die institutionellen Voraussetzungen geschaffen worden, interventionistische Maßnahmen zu treffen (Art. 130); und in Verbindung mit Art. 115 und 130b sind spezifische industriepolitischen Aktionen zugunsten einzelner Regionen möglich. Die Industriepolitik hat somit grundsätzlich eine Aufwertung erfahren. Der Kompromiß ist allerdings so weich formuliert, sodaß politische Kräfteverhältnisse sowie realwirtschaftliche Notwendigkeiten über dessen Auslegung bestimmen werden. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang auch immer wieder der mangelnde soziale Dialog zwischen den Sozialpartnern der eine sinnvoll akkordierte Industriepolitik begleiten müßte.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Nachdem die Auslegung dieser Kompetenzen wesentlich erscheint, ist interessant wie sich Österreich während der Verhandlungen positioniert hat bzw. als EU-Mitgliedsland positionieren wird - welches industriepolitische Konzept wird man auf europäischer Ebenen favorisieren bzw. welche Maßnahmen müßten innerösterreichisch ergriffen werden?
2. Wird sich Österreich für eine Stärkung der Kompetenzen (Wenn ja, in welche Richtung?) einsetzen?
3. Wie wird der österreichische Beitrag zu einer Stärkung und Aufwertung des Sozialen Dialogs (Interessenausgleich) aussehen?